Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

STADT KASSEL
documenta-Stadt

Kassel, 14.04.2010

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Nachteile der Pauschalierung ausgleichen
Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG
- 101.16.1655 -

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Merz

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Der Magistrat wird aufgefordert,
> den Beschluss Nr. 101.16.1398 der Stadtverordnetenversammlung vom 22.02.2010 in der Weise umzusetzen, dass bis zum 30.06.2010 für alle Empfänger pauschalierter Leistungen für Kosten der Unterkunft und Heizung geprüft wird, ob Ihnen unter Zugrundelegung der nachgewiesenen tatsächlichen Kosten für die Zeit ab dem 1. Juli 2009 ein höherer Leistungsanspruch zusteht. Bejahendenfalls ist den Betroffenen der sich ergebende Differenzbetrag zwischen den bisherigen Pauschalzahlungen und den tatsächlichen Kosten für den Zeitraum vom 1. Juli 2009 bis zum 31. Juli 2010 nachzuzahlen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke.ASG
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, FDP
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke.ASG betr. Nachteile der Pauschalierung ausgleichen, 101.16.1655, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Vorsitzende

Nicole Schmidt
Schriftführerin